

Wirtschaft und Politik

Opposition bezichtigt die Regierung der Verschleierung

Der Bundestag debattiert hitzig über den Bundeswehrangeiff in Kundus. Dabei stellt sich heraus, dass das Verteidigungsministerium die Kanzlerin zögerlich informiert hat.

Rüdiger Scheidges Berlin Regierungs- und Oppositionsparteien haben sich im Bundestag aggressive Wortgefechte geliefert. Die Oppositionsparteien warfen Regierung und Schwarz-Gelb vor, die Hintergründe und Fehleinschätzungen des Angriffs auf zwei Tanklaster bei Kundus bewusst zu verschleiern. SPD-Fraktionschef Frank Walter Steinmeier hielt der Regierung vor, "Nebelkerzen" zu werfen. Doch gehe es einzig und allein um die Frage, ob Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) im Bundestag "die Wahrheit gesagt" habe. Statt für Klarheit zu sorgen, so der frühere Außenminister, verbreite zu Guttenberg einen großen "Wortbrei" in allen erdenklichen Talkshows, "aber die Liste der offenen Fragen und Ausflüchte wird trotzdem immer länger".

Trittin greift zu Guttenberg hart an Auch Jürgen Trittin, Fraktionschef von Bündnis 90/Die Grünen, warf zu Guttenberg vor, "nicht die ganze Wahrheit" gesagt zu haben, als er im Rahmen der Regierungserklärung vom 8. September den Anschlag mit der "unmittelbaren Gefahr" der beiden entführten Tanklaster für das deutsche Soldatencamp begründet hatte. Damals schon, so der Vorwurf Trittins, hatte Oberst Georg Klein mitgeteilt, dass er bewusst in erster Linie die umstehenden "Aufständischen", mutmaßliche Taliban, ins Visier genommen hatte. Trittin bezeichnete den Luftangriff als nicht vereinbar mit dem Bundestagsmandat für den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr.

Dem Verteidigungsminister warf der Grünen-Politiker vor, er sage "öffentlich das Gegenteil von dem, was in dem geheimen Untersuchungsbericht der Nato festgehalten würde, der offenkundig von Anfang an nicht von einem "angemessenen" Luftangriff sprach, sondern zahlreiche Versäumnisse und Fehlentscheidungen festgehalten hatte.

Zu Guttenberg wies die gestern bekannt gewordenen "Lügen"-Vorwürfe des von ihm entlassenen Generalinspektors Wolfgang Schneiderhan zurück. Dieser habe ihm schriftlich mitgeteilt, dass er Dokumente und Berichte vorenthalten habe, und habe genau deshalb um die Entbindung von den Dienstpflichten gebeten. "Für eine Trennung bedarf es keiner weiteren Gründe," beschied zu Guttenberg.

Zwar war die Bundesregierung vor der Bundestagswahl über zivile Opfer beim Luftangriff in Kundus und Verstöße gegen Einsatzregeln informiert. Sie kannte auch das Ziel von Oberst Klein, Taliban zu töten. Das ergibt sich aus Antworten der Regierung zu den Vorgängen um das Bombardement in Afghanistan und den Kenntnisstand des damaligen schwarz-roten Kabinetts.

Der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Christian Schmidt (CSU), räumte aber ein, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bei ihrer Regierungserklärung am 8. September den Bericht Kleins an Schneiderhan nicht vorlag. Schmidt musste zugeben, dass das Kanzleramt diesen Bericht erst fünf Tage später, also am 10. September bekommen hat. Schmidt bestätigte, dass das Verteidigungsministerium am 7. September einen Vorbericht der internationalen Afghanistan-Schutztruppe Isaf erhalten habe, in dem auf militärisches Fehlverhalten und zahlreiche zivile Opfer hingewiesen worden sei. Über diesen vertraulichen Bericht wurden die Obleute der Bundestagsfraktionen einen Tag später unterrichtet.

"Keine neue Strategie" Die Bundesregierung stellte die Mutmaßung der Opposition in Abrede, dass es zwischen dem Kanzleramt, dem damals von Franz Josef Jung (CDU) geführten Verteidigungsministerium und dem Bundesnachrichtendienst (BND) eine veränderte Strategie gegeben habe, die auch die Möglichkeit des gezielten Tötens Verdächtiger einbezogen habe. Auf eine entsprechende Frage antwortete Schmidt mit "Nein." Bei dem Luftschlag, den Oberst Klein angeordnet hatte, waren am 4. September bis zu 142 Menschen getötet oder verletzt worden, darunter viele Zivilisten.

Scheidges, Rüdiger